

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

43. Ministerrat

11. Jänner 2023

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Dezember d.J., mit dem ein Beschluss vom 6. Dezember 2022 betreffend „Verbot von Vollspaltenböden“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Dezember d.J., mit dem ein Beschluss vom 6. Dezember 2022 betreffend „Maßnahmen im Asylbereich“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Dezember d.J., mit dem ein Beschluss vom 6. Dezember 2022 betreffend „Leistbare Energie“ vorgelegt wird.
4. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 20. Dezember 2022, mit dem ein Beschluss vom 15. Dezember 2022 betreffend „Valorisierung der Honorare bei Reform und Leistungserweiterung des Mutter-Kind-Passes“ vorgelegt wird.
5. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 20. Dezember 2022, mit dem zwei Beschlüsse vom 17. November 2022 und vom 15. Dezember 2022 betreffend „Gemeinnützigen Wohnbau“ vorgelegt werden.
6. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 12. Dezember 2022, mit dem der Antrag Nr. 3 – „Sofortige Einbeziehung und Unterschrift des Betriebsrats bei Wiedereingliederungsteilzeit“ vorgelegt wird.
7. Schreiben des Ersten Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates vom 25. November 2022, mit dem ein Beschluss vom 24. November 2022 betreffend „Verurteilung des Völkermordes in Srebrenica“ vorgelegt wird.
8. Schreiben des Bürgermeisters von Villach vom 3. Dezember 2022, mit dem eine Resolution vom 2. Dezember 2022 betreffend „Mehr leistbares Wohnen durch mehr Altbau“ vorgelegt wird.
9. Schreiben des Bürgermeisters von Villach vom 3. Dezember 2022, mit dem eine Resolution vom 2. Dezember 2022 betreffend „Faire Finanzmittelverteilung – kommunale Handlungsfähigkeit stärken“ vorgelegt wird.
10. Schreiben des Bürgermeisters von Ulrichsberg vom 16. Dezember 2022, mit dem eine Resolution vom 15. Dezember 2022 betreffend „Aufhebung der 100-Personen-Obergrenze bei Asylquartieren in den Gemeinden“ vorgelegt wird.
11. Schreiben von neun Gemeinden (Neuhaus, Ternitz, Mailberg, Lutzmannsburg, Sigleß, Gutenbrunn, Gaming, Allerheiligen, Trumau), mit denen Resolutionen betreffend „Energiekosten und Baukosten explodieren – Gemeinden droht Finanzkollaps“ vorgelegt werden.

12. E 283-NR/XXVII.GP vom 14. Dezember 2022 betreffend „Beschaffungskosten Netzverlustenergie“ (Wortlaut siehe Beilage).
13. E 284-NR/XXVII.GP vom 14. Dezember 2022 betreffend „Automatische Fotoimplementierung bei Beantragung eines Behindertenpasses aus nationalen Datenbanken“ (Wortlaut siehe Beilage).
14. E 286-NR/XXVII.GP vom 14. Dezember 2022 betreffend „Importverbot von Haiprodukten“ (Wortlaut siehe Beilage).
15. E 287-NR/XXVII.GP vom 14. Dezember 2022 betreffend „Neubaupläne von Small Modular Reactors (SMRs) in Tschechien“ (Wortlaut siehe Beilage).
16. E 288-NR/XXVII.GP vom 15. Dezember 2022 betreffend „Erstellung einer Erhebung zu Menstruationsgesundheit in Österreich“ (Wortlaut siehe Beilage).
17. E 289-NR/XXVII.GP vom 15. Dezember 2022 betreffend „Umsetzung einer umfassenden Informationsoffensive gegen Gewalt an Frauen und Kindern“ (Wortlaut siehe Beilage).
18. E 290-NR/XXVII.GP vom 15. Dezember 2022 betreffend „Verhinderung von Hunger und Mangel als Kriegswaffe gegen die Zivilbevölkerung“ (Wortlaut siehe Beilage).
19. E 291-NR/XXVII.GP vom 15. Dezember 2022 betreffend „die eklatanten Menschenrechtsverletzungen insbesondere gegenüber Frauen im Iran“ (Wortlaut siehe Beilage).
20. E 292-NR/XXVII.GP vom 15. Dezember 2022 betreffend „Druck auf den Iran aufrechterhalten“ (Wortlaut siehe Beilage).
21. E 293-NR/XXVII.GP vom 15. Dezember 2022 betreffend „Schutz, ethnischer, kultureller und religiöser Minderheiten vor Verfolgung“ (Wortlaut siehe Beilage).
22. E 294-NR/XXVII.GP vom 15. Dezember 2022 betreffend „Auftreten gegen Christenverfolgung“ (Wortlaut siehe Beilage).
23. E 295-NR/XXVII.GP vom 15. Dezember 2022 betreffend „Eintreten gegen die Todesstrafe im Zusammenhang mit den Protesten im Iran“ (Wortlaut siehe Beilage).
24. E 296-NR/XXVII.GP vom 15. Dezember 2022 betreffend „Einsatz für Ende der Gewalt und notwendiges Friedensabkommen zwischen Armenien und Aserbaidschan“ (Wortlaut siehe Beilage).
25. E 297-NR/XXVII.GP vom 15. Dezember 2022 betreffend „Förderung und Vertiefung der bilateralen Beziehungen mit Brasilien“ (Wortlaut siehe Beilage).
26. 361/E-BR/2022 vom 21. Dezember 2022 betreffend „Eintreten gegen die Todesstrafe im Zusammenhang mit den Protesten im Iran“ (Wortlaut siehe Beilage).

27. Schreiben der Landwirtschaftskammer Kärnten vom 20. Dezember 2022, mit dem ein Dringlichkeitsantrag vom 19. Dezember 2022 betreffend „Sofortige Umsetzung einer lückenlosen und durchgehenden Herkunftskennzeichnung“ vorgelegt wird.
28. Schreiben des Bürgermeisters von St. Pölten vom Dezember 2022, mit dem eine Resolution vom 28. November 2022 betreffend „Gaspreisdeckel jetzt umsetzen“ vorgelegt wird.

Entschließung

des Nationalrates vom 14. Dezember 2022

betreffend Beschaffungskosten Netzverlustenergie

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie und der Bundesminister für Finanzen wird ersucht, unter Berücksichtigung des europäischen Rechtsrahmens bis 15. April 2023 eine systemische Lösung für das Problem steigender Netzverlustentgelte zu erarbeiten, die sicherstellt, dass die Mehrkosten für die Beschaffung der Netzverlustenergie auch im zweiten Halbjahr 2023 für Stromkundinnen und Stromkunden deutlich verringert werden.

Entschließung

des Nationalrates vom 14. Dezember 2022

betreffend Automatische Fotoimplementierung bei Beantragung eines Behindertenpass aus nationalen Datenbanken

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, wird aufgefordert, die Möglichkeit zu schaffen, die Verfügbarkeit eines, in einer (wie oben beschriebenen) Datenbank, vorhandenen Fotos automatisch zu überprüfen und erst bei Nichtvorhandensein eines solchen Fotos vom Antragsteller/der Antragstellerin das Hochladen eines neuen Passfotos zu verlangen.

Entschließung

des Nationalrates vom 14. Dezember 2022

betreffend Importverbot von Haiprodukten

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie wird aufgefordert

- ein nationales Verbot von kommerziellen Haiprodukt-Importen zu prüfen und dem Nationalrat einen Entwurf für eine gesetzliche Durchsetzung vorzulegen, um den bereits bestehenden gesetzlichen Vorgaben des Artenschutzes gerecht zu werden und die österreichische Bevölkerung vor gesundheitlichen Schäden zu bewahren.
- sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass eine transparente und umfassende Herkunfts- und Fischerei-Kennzeichnung aller Meeresfische und Meeresfrüchte eingeführt wird, um sicherzustellen, dass keine illegale Fischerei gefördert wird und Haiprodukte nicht als „Fisch“ oder mit Pseudonamen gekennzeichnet werden.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 14. Dezember 2022

betreffend Neubaupläne von Small Modular Reactors (SMRs) in Tschechien

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, wird ersucht, sich auf bilateraler wie auch auf europäischer Ebene mit allen ihr zur Verfügung stehenden rechtlichen, politischen und diplomatischen Mitteln für einen Stopp der Baupläne zur Errichtung von Small Modular Reactors in Tschechien einzusetzen und sich, wie im in der Sitzung vom 16.12.2021 einstimmig angenommen Antrag 2084/A (E) formuliert, auch weiterhin konsequent gegen die militärische Nutzung von Small Modular Reactors einzusetzen.

Die Bundesregierung und insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie wird ersucht, sich für eine grenzüberschreitende UVP im Zuge der Planung und Errichtung der Reaktor Neubauten einzusetzen sowie keinen Reaktor Neubauten zuzustimmen.

Entschließung

des Nationalrates vom 15. Dezember 2022

betreffend die Erstellung einer Erhebung zu Menstruationsgesundheit in Österreich

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, wird dazu aufgefordert, im Sinne der Mädchen-, Frauen- und Menstruationsgesundheit eine Erhebung in Auftrag zu geben, welche dezidiert Menstruation, inklusive all ihren Nebenerscheinungen wie Endometriose, Myome, Menstruationshygiene, etc. erhebt und Handlungsempfehlungen zu Verbesserungsmöglichkeiten auf nationaler Ebene gibt.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 15. Dezember 2022

betreffend die Umsetzung einer umfassenden Informationsoffensive gegen Gewalt an Frauen & Kindern

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien wird ersucht, eine umfassende Informationsoffensive zu starten, um den Schutz von Frauen vor Gewalt sowie die Sensibilisierung dafür in der Öffentlichkeit weiter zu fördern.

Entschließung

des Nationalrates vom 15. Dezember 2022

betreffend der Verhinderung von Hunger und Mangel als Kriegswaffe gegen die Zivilbevölkerung

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, wird ersucht, im bewährten österreichischen Weg des Dialogs weiterhin dafür einzutreten, dass Hunger und Deprivation nicht als Waffe gegen die Zivilbevölkerung oder Druckmittel gegen Regierungen eingesetzt wird sowie die Parallelitäten zwischen Geschichte und Gegenwart aufgezeigt und entsprechende Verbrechen verurteilt werden.

Entschließung des Nationalrates vom 15. Dezember 2022

betreffend die eklatanten Menschenrechtsverletzungen insbesondere gegenüber Frauen im Iran

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, wird aufgefordert sich auf europäischer und internationaler Ebene, für die Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, einschließlich sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, einzusetzen sowie entsprechende Einzelfälle wie den Fall Mahsa Amini auch auf bilateraler Ebene anzusprechen und auf eine rasche und unabhängige Aufklärung und Ahndung solcher Fälle hinzuwirken.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, aufgefordert, auf EU Ebene das bereits bestehende EU-Sanktionsregime gegen Menschenrechtsverletzungen im Iran weiterhin zu unterstützen.

Entschließung

des Nationalrates vom 15. Dezember 2022

betreffend Druck auf den Iran aufrechterhalten

Die Bundesregierung, und insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, werden ersucht,

- gegenüber dem Iran und auf internationaler Ebene die unverhältnismäßige Anwendung von Gewalt gegenüber den friedlichen Demonstrierenden weiterhin zu verurteilen und eine transparente Untersuchung derselben zu unterstützen;
- weiterhin für die umgehende und bedingungslose Freilassung aller willkürlich inhaftierten Demonstrierenden und politischen Gefangenen sowie für eine Rechenschaftspflicht der Verantwortlichen einzutreten;
- dafür einzutreten, dass die vom Iran ratifizierten Menschenrechtskonventionen einzuhalten und den Iran aufzufordern, der Anti-Folter-Konvention (CAT) und der VN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) beizutreten, sowie sich auf allen diplomatischen Ebenen aktiv für die Abschaffung der Todesstrafe im Iran sowie weltweit einzusetzen und diesbezügliche Initiativen, insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen, so wie bisher mit Nachdruck voranzutreiben.
- sich gegenüber dem Iran für ein Ende der Verfolgung und einen verbesserten Schutz von Minderheiten, insbesondere ethnischer und religiöser Minderheiten, einzusetzen.
- die destabilisierende Rolle des Iran in der Nahost-Region sowie im völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine klar international zu verurteilen und EU-Initiativen zu unterstützen, welche darauf abzielen, den Sanktionsdruck insbesondere auf den iranischen Sicherheitsapparat und die iranischen Revolutionsgarden weiter zu erhöhen.

Entschließung

des Nationalrates vom 15. Dezember 2022

betreffend den Schutz ethnischer, kultureller und religiöser Minderheiten vor Verfolgung

Die Bundesregierung wird ersucht, sich weiterhin sowohl auf EU-, als auch auf bi- und multilateraler Ebene gegen die Verfolgung aller ethnischen, kulturellen und religiösen Minderheiten einzusetzen sowie Instandhaltung und Wiederaufbau vor Ort zu unterstützen, um den Minderheitsangehörigen das Verbleiben in den Regionen bzw. eine allfällige Rückkehr zu ermöglichen. Außerdem wird die Bundesregierung ersucht, sich auf europäischer Ebene für die Wiederbesetzung der Funktion des Sonderbeauftragten der Europäischen Kommission für Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der Europäischen Union einzusetzen.

Entschließung

des Nationalrates vom 15. Dezember 2022

betreffend Auftreten gegen Christenverfolgung

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich sowohl auf EU-, als auch auf bi- und multilateraler Ebene und insbesondere nationaler Ebene gegen die Verfolgung von Christen einzusetzen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 15. Dezember 2022

betreffend Eintreten gegen die Todesstrafe im Zusammenhang mit den Protesten im Iran

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten wird ersucht, bilateral und gemeinsam im Verbund mit den EU Partnern gegenüber dem Iran weiterhin für einen gewaltfreien Umgang mit den Demonstrantinnen und Demonstranten einzutreten, sowie sich dafür einzusetzen, dass Hinrichtungen im Zusammenhang mit den Protesten im Iran gestoppt und bestehende Todesurteile für nichtig erklärt werden. Des Weiteren wird der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten ersucht, sich weiterhin für die Abschaffung der Todesstrafe im Iran und weltweit einzusetzen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 15. Dezember 2022

betreffend Einsatz für Ende der Gewalt und notwendiges Friedensabkommen zwischen Armenien und Aserbaidschan

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, wird ersucht, sich bilateral, im Verbund mit den EU-Partnern sowie im Rahmen der OSZE gegenüber den Konfliktparteien dahingehend einzusetzen, dass Drohungen und Handlungen, welche die Souveränität, territoriale Integrität und Unversehrtheit einer Partei und somit das Völkerrecht, die Prinzipien der VN-Satzung und die Schlussakte von Helsinki verletzen, strikt zu unterlassen und sämtliche Kampfhandlungen unverzüglich einzustellen sind.

Zudem wird der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten ersucht, sich dafür einzusetzen, dass die Vereinbarung vom November 2020 von allen Konfliktparteien vollumfassend respektiert und das humanitäre Völkerrecht sowie die völkerrechtlichen Verpflichtungen zum Schutz der Zivilbevölkerung und ziviler Infrastruktur sowie die Menschenrechte strikt eingehalten werden.

Darüber hinaus wird der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten ersucht, die laufenden diplomatischen Bemühungen der Europäischen Union für eine friedliche und dauerhafte Lösung des Konflikts zwischen Armenien und Aserbaidschan, sowie für die Einhaltung der Menschenrechte und die Stärkung der Demokratie in den Ländern selbst und somit für die Herstellung einer nachhaltigen Stabilisierung im südlichen Kaukasus weiterhin bestmöglich zu unterstützen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 15. Dezember 2022

betreffend Förderung und Vertiefung der bilateralen Beziehungen mit Brasilien

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, wird ersucht, die bilateralen Beziehungen Österreichs weiter zu fördern und zu vertiefen, insbesondere um den politischen und kulturellen Austausch, die wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit sowie den Jugendaustausch entsprechend bestehender Potentiale zu unterstützen;

Des Weiteren wird der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten ersucht, sich mit den EU Partnern gegenüber bzw. gemeinsam mit der brasilianischen Regierung wie bisher für eine Verbesserung der derzeitigen Lage der Menschen- und Grundrechte und des Umwelt- und Klimaschutzes in Brasilien einzusetzen.

Entschließung

des Bundesrates vom 21. Dezember 2022 betreffend Eintreten gegen die Todesstrafe im Zusammenhang mit den Protesten im Iran

angenommen anlässlich der Debatte über den Beschluss des Nationalrates vom 14. Dezember 2022 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985, das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz, das BFA-Verfahrensgesetz und das Asylgesetz 2005 geändert werden (3003/A und 1868 d.B. sowie 11134/BR d.B.)

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten wird ersucht, bilateral und gemeinsam im Verbund mit den EU Partnern gegenüber dem Iran weiterhin für einen gewaltfreien Umgang mit den Demonstrantinnen und Demonstranten einzutreten, sowie sich dafür einzusetzen, dass Hinrichtungen im Zusammenhang mit den Protesten im Iran gestoppt und bestehende Todesurteile für nichtig erklärt werden. Des Weiteren wird der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten ersucht, sich weiterhin für die Abschaffung der Todesstrafe im Iran und weltweit einzusetzen.“